Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 41 (1961-1962)
Heft: 3

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

RUNDSCHAU

DE GAULLE SIEGER ÜBER DEN PUTSCH

Geschichtsschreiber könnten versucht sein, zu sagen, General de Gaulle sei heute ebenso mächtig wie Kardinal Richelieu nach der Einnahme von La Rochelle. Doch hier findet der Vergleich schon ein Ende. De Gaulle ging siegreich aus der Prüfung hervor und bewies erneut, daß das Klima der Tragödie ihm am besten bekommt. Die öffentliche Meinung im In- und Ausland ist erleichtert. Die ganze Welt sieht in dem in wenigen Stunden von der Regierung errungenen Sieg einen Beweis der Festigkeit, dessen Verdienst zum größten Teil de Gaulle zukommt. Obwohl es nicht an ernsten Gründen zur Unruhe fehlt, gibt dieser Sieg dem Präsidenten der Republik neue Trümpfe in die Hand, die er im diplomatischen Spiel wohl ausspielen wird. Es ist recht ergötzlich, nach der kubanischen Affäre in einer New Yorker Zeitung die Anregung zu lesen, Präsident Kennedy möge General de Gaulle in ähnlichen Fällen um Rat fragen... Der Beweis ist jedenfalls erbracht, daß Frankreich die Dekolonisierung annimmt und den ehemals Bevormundeten ein liberales Regime anbietet, das im übrigen seiner Geschichtstradition entspricht. Man kann hier die Wiederholung eines Vorfalls sehen, der sich nach der Währungsreform von 1958 ereignet hat, als Frankreich den Gemeinsamen Markt ermöglichte und dabei den von Colbert ererbten Protektionismus über Bord warf, von dem sich selbst die 3. Republik nie zu befreien getraute.

Der Präsident der Republik ist somit im Augenblick der angesehenste Führer, der «starke Mann» der westlichen Allianz. In fast allen Hauptstädten freut man sich über seinen Erfolg, die Staatschefs des Auslandes senden ihm Glückwunschbotschaften, die stets gut gemeint sind, aber manchmal zur Unzeit eintreffen, wie «Le Monde» bemerkte. Die Amerikaner rufen die unvergängliche Demokratie an, die Deutschen, Österreicher und Italiener die europäische Solidarität. Die Engländer begrüßen mit größeren Nuancen den glücklichen Ausgang des algerischen Aufstandes, da man, nach den Worten eines Labour-Abgeordneten im Unterhaus, dem Doppelsieg der Legitimität in Kuba sowohl wie in Frankreich beiwohne. Bemerkenswert ist, daß Bundeskanzler Adenauer, der vor einigen Monaten den Anschein erweckte, sich vom französischen Staatschef distanzieren zu wollen, ihm heute wortwörtlich dankt für den der gemeinsamen Sache Europas geleisteten Dienst. Die englische Regierung ihrerseits verfehlte nicht, sogleich aus dem zusammengebrochenen Putsch vom 22. April die Konsequenzen zu ziehen. Der Teil der öffentlichen Meinung und des Parlaments, die der wirtschaftlichen Integration Großbritanniens mit den Sechs feindlich gegenübersteht, wurde durch den Aufstand verstärkt. In London bemerkt man tatsächlich in Kreisen der Konservativen mit etwelcher ironischen Befriedigung, daß «die Stunde der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit» für lange Zeit hinausgezögert wurde.

General Challes Verantwortung

Aus allen Lobliedern hörte man jedoch einige Warnungen heraus. Vorab im Hinblick auf die dem FLN zugeschriebenen Forderungen wurden Kritiken und Einschränkungen laut. Der Bürgerkrieg unterblieb. Das klug ausgeheckte Komplott brach am unerschütterlichen Willen des Staatschefs zusammen. Doch wenn auch das Schlimmste vermieden werden konnte, bleiben die versteckten Gründe des Übels: hinsichtlich Algerien und seiner französischen Siedlerschaft ist noch nichts entschieden. Inmitten der Masse der Eingeborenen bildet die Siedler-

schaft nach wie vor das wirtschaftliche Gerüst des Landes.

Ihretwegen bildet die Zukunft Algeriens das Hauptproblem für das Mutterland. Das Abenteuer der rebellierenden Generäle war zweifellos wahnsinnig, doch keiner kann glauben, daß General Challe und seine Gleichgesinnten allein von Machtehrgeiz gepackt, ein gewaltiges Risiko auf sich genommen haben. Ihre Beweggründe sind andere. Wie Robert Lazurick, der Chefredaktor des «Aurore», am 24. April schrieb: «selbst wenn Insubordination und Illegalität nicht zu verteidigen und zu verurteilen sind, verdienen diese Männer Verständnis.»

In erster Linie muß die durch die Aufstandsbewegung ausgelöste außerordentliche Umwälzung in Algier hervorgehoben werden. Sie ist die Folge eines Dramas ohne Ende, das seit sieben Jahren wellenweise Algerien und das Mutterland gegeneinandertreibt, die Nation spaltet und die Einheit der Armee gefährdet. Die Urheber des Staatsstreichs haben 1958 allesamt eine führende Rolle gespielt, um damals die französische Regierung zu zwingen, General de Gaulle die Staatsgeschäfte zu übertragen und in seine Hände das Schicksal des Landes zu legen. Im Januar des vergangenen Jahres wandte Challe, mit dem Vertrauen und mit Ehrenbezeugungen des Staatschefs versehen, die Gewalt der algerischen Armee gegen den Aufstand der Barrikaden. Heute versuchte er, gegen die Algerienpolitik der Regierung die Truppen vorrücken zu lassen. Das sind nicht Widersprüche, sondern verschiedene Akte der gleichen Tragödie. Fiel nun endgültig der Vorhang über dies schmerzliche Abenteuer? Heute können wir es bestenfalls hoffen.

Die gleichen Persönlichkeiten, die es dem Einsiedler von Colombey-les-deux-Eglises vor drei Jahren ermöglicht haben, aus seiner Zurückgezogenheit herauszutreten, haben sich nun gegen seine Politik empört und gegen ihn selbst aufgelehnt. Salan war es, der als erster auf dem Forum von Algier «Vive de Gaulle» gerufen hatte; Soustelle war es, dem das Kunststück gelungen war, in einem gleichen brüderlichen Aufwallen die französischen und muselmanischen Massen zu versammeln. Georges Bidault schließlich hatte am Abend des 13. Mai 1958 in der Deputiertenkammer ausgerufen: «Zwischen den Abgeordneten und dem Sprung in die Seine, der uns droht, steht nur noch de Gaulle.» In jenem Augenblick brachte ganz Frankreich, mit Ausnahme der Kommunisten, dem kommenden Staatschef Vertrauen entgegen. Was ist seither geschehen?

Furcht vor sowjetischem Übergriff

Nennen wir die Dinge klar beim Namen. Die Generäle des Staatsstreichs, die weder als leichtfertige noch als mittelmäßige Köpfe gelten können, teilten die Meinung der Mehrzahl der Franzosen Algeriens, daß nämlich Verhandlungen mit dem FLN nur zu einer völligen Aufgabe führen können. Eine Politik mit dem Endergebnis eines vom FLN beherrschten Algeriens erschien ihnen als Vertragsbruch, als Verrat der Versprechungen, die einst in voller Übereinstimmung mit der Regierung von der Armee den treuen Muselmanen gemacht worden waren. Im andern Fall schien ihnen alles verloren; der sowjetische Einfluß würde nicht zögern, sich in Algier und Mers-el-Kebir durchzusetzen, ehe er sich über das ganze Mittelmeerbecken ausbreiten würde. Nach dem Beispiel der Staaten des Mittleren Orients, ist es einleuchtend, daß eine algerische Republik ebensowenig dem Panarabismus und Panislamismus widerstehen würde, wie dem internationalen Kommunismus. Dem westlichen Einflußbereich entfremdet, würde sie nicht verfehlen, früher oder später dem afro-asiatischen Block der Ostmächte beizutreten. Ist nicht einige Tage vor dem für die erste Konferenz von Evian vorgesehenen Zeitpunkt Ahmed Francis, einer der führenden Vertreter der provisorischen Regierung Algeriens, nach Prag und Moskau gefahren, um die Stellung seiner Regierung zu festigen und Garantien einzuholen? Der sowjetische Botschafter in Paris, Vinogradow, erklärte kürzlich: «Man kann gegen uns, aber nicht ohne unsern guten Willen Frieden schließen.»

Solche in der Presse veröffentlichte und für die Zukunft eines unabhängigen Algeriens beunruhigende Worte haben dazu beigetragen, selbst wenn sie den Aufstand in

keiner Weise rechtfertigen, die Gemüter zu erhitzen und Zweifel an der Möglichkeit einer befriedigenden Übereinkunft mit dem FLN zu wecken. Trotz allen offiziellen Versicherungen begegnet letztere in den Kreisen der Algerier nur Skepsis. Man ist dort vielmehr überzeugt, daß das FLN niemals der «organischen Zusammenarbeit der Gemeinschaften» aufrichtig zustimmen wird, von der de Gaulle am 11. April gesprochen hat. So kann sich, nach Ansicht der algerischen Kreise, eine Übereinkunft nur auf Grund einer mehr oder minder geschickt beschönigten Abtretung zustande kommen. Diesen Schluß zogen die militärischen und zivilen Aufrührer aus der Lage. Wie Minister Joxe nach seiner Umfrage am Ort des Putsches selbst sagte, hat das Abenteuer eine Reihe von Träumen und Mythen in der verstörten Bevölkerung zum Leben erweckt.

Der tragische Irrtum der Verschwörer lag in der Annahme, sie könnten sich über die Gesetze stellen und die Macht usurpieren, weil einige Tatsachen ihre Befürchtungen zu rechtfertigen schienen. Für diesen Irrtum, der fast die nationale Einheit zerbrochen hätte, werden sie sich zu verantworten haben, nicht als gewöhnliche Abenteurer, sondern als Menschen, die vom rechten Weg abgewichen sind. Die Tatsache, daß kein Blut geflossen ist, mildert unzweifelhaft ihre Fehler. Ein weiter Teil der den Angeklagten wenig günstig gesinnten Linkskreise hält dem General Challe zugute, sich im Augenblick des drohenden Zusammenstoßes geweigert zu haben, gegen die Soldaten der Armee des Mutterlandes den Schießbefehl zu geben. Sie anerkennen auch seine edle Geste, die Verantwortung für das Ganze allein tragen zu wollen, indem er sich freiwillig dem Gericht stellte.

Die Niederwerfung

Mangel an Patriotismus kann man den Algerienfranzosen, den Europäern wie den Muselmanen, nicht vorwerfen. Sie haben ihn jedesmal genügend bewiesen, wenn das Land auf dem Schlachtfeld ihrer bedurfte. Welche Lage herrscht in Algier nach dem mißglückten militärischen Aufstand? In einer schrecklichen moralischen Krise bleibt die Stadt unruhvoll, gespannt, mit Nervosität auf die Polizeimaßnahmen reagierend. Die Säuberung, dieses unglückliche Wort, das an eine Vergangenheit erinnert, die man vergessen zu sein glaubte, führt die algerische Lösung keinen Schritt weiter. Unter den verhafteten Generälen nennt man den ehemaligen Leiter des Militärkabinetts von Michel Debré sowie den ehemaligen Chef des Stabes des Präsidenten der Republik, der freigelassen wurde. Zweihundertfünfzig ihres Kommandos enthobene Offiziere, dreihundert abberufene Beamte, drei durch einfache administrative Verfügung sine die verbotene Zeitungen, die Auflösung des Rates des Advokatenverbandes von Algier, ganz zu schweigen von den Tausenden von Hausdurchsuchungen und Verhaftungen im Mutterland scheinen uns nicht Maßnahmen zu sein, welche die nationale Versöhnung, die einzige dringende Lösung, fördern. Die öffentliche Meinung billigt im ganzen den Beschluß der Regierung, schnell alle nötigen Entscheidungen zu treffen, um die Folgen der Verschwörung zu beseitigen. Doch es entgeht niemandem, daß alle Sanktionen, so streng sie auch sein mögen, vergeblich bleiben, wenn die Macht der Regierung nicht die Zustimmung all jener im Gefolge hat, für die Algerien das Land ihrer Geburt und häufig ihrer Vorväter ist, Sitz ihrer Familien und Stätte ihrer Toten.

Im Verlauf der Untersuchung hat sich General Challe lange über die Beweggründe ausgelassen, die ihn zur Leitung des Handstreiches von Algier führten. Es scheint nun klar, daß die Tat des Generals vor allem auf das Schicksal Algeriens abzielte und nicht, wie man zuerst glaubte — oder zu glauben vorgab —, auf die Machtergreifung im Mutterland durch die ihm zur Verfügung stehenden Fallschirmtruppen. Was wollte Challe, wenn nicht seine Mitangeklagten, mit denen von Anfang an keine vollkommene Übereinstimmung zu bestehen scheint? Er wollte dem Mutterland zeigen, daß ein franco-muselmanisches Einverständnis, wie es ein erstes Mal am 13. Mai so eindrücklich zutage trat, dank dem verstärkten Eingreifen der französischen Armee, immer möglich sei. Seiner Aussage nach behielt es sich Challe

vor, mit den Mitteln der Befriedung und der Gabe der Sympathie, die er mit Erfolg während seiner Kommandozeit in Algerien angewandt hatte, der Regierung gewissermaßen «auf einem Silberteller» (wie er sagte) ein befriedetes Algerien zu überreichen. Mit diesen chimerischen oder begründeten Ansichten wird der angeklagte General seine Verteidigung führen.

In seiner Ansprache vom 8. Mai bemühte sich der Staatschef der Nation Selbstvertrauen zurückzugeben und sie zu einer großen gemeinsamen Aufgabe anzustacheln. Für Algerien stellte er auf klare und logische Weise das Problem der Selbstbestimmung, von der er zwei wesentliche Varianten vorzeichnete: Verbindung mit dem Mutterland oder Teilung. Im letzteren Fall würden die Frankreich treu gebliebenen Algerier umgesiedelt und unter besonderen Schutz gestellt, doch wurden die Garantien, die ihnen geboten würden, keineswegs präzisiert. Was das Komplott anbetrifft, erlaubte der Ton, den de Gaulle anschlug, es als einen Zwischenfall ohne Folgen darzustellen und zwischen den «Verirrten» und den «hauptsächlich Schuldigen» zu unterscheiden, was die Vermutung zuläßt, daß, sofern die letzteren bestraft werden, die anderen eine gewisse Nachsicht finden werden.

Die Zuhilfenahme des Artikels 16 der Verfassung, die dem Präsidenten der Republik ausgedehnte Sondervollmachten einräumte — unumgänglich unter den heutigen Umständen —, gab Anlaß zu vielen Auseinandersetzungen in parlamentarischen Kreisen. Viele meinen, daß, wenn die Regierung auch die gebieterische Aufgabe hat, einen Aufstand zu meistern und seine Erneuerung zu verhindern, der Artikel 16 nur so kurz wie möglich in Kraft bleiben soll. Ein hervorragender Jurist, Maurice Duverger, hält seine verlängerte Gültigkeit als äußerst fragwürdig. Im Parlament denkt man, daß es besser wäre, die Abgeordneten und Senatoren an der Verteidigung der Republik teilnehmen zu lassen, wozu die Verfassung im übrigen einlädt, wenn man vermeiden will, daß die gegenwärtige legale Diktatur in Frankreich eines Tages das gleiche Schicksal erfährt wie die der ursprünglichen römischen Republik.

Gromyko spricht

Es ist wahrscheinlich, daß, wie gesagt wurde, die Aufständischen in Algier wenn nicht mit der tatsächlichen Unterstützung, so doch mit der wohlwollenden Neutralität Washingtons rechneten. Die Rolle, die Agenten des amerikanischen CIA (Central Intelligence Agency) bei Beginn des Aufstandes gespielt haben oder nicht, bewegt die politischen Kreise nach wie vor. Es ist so gut wie sicher, daß General Challe in seinen Entschlüssen durch Freundschaften mit amerikanischen Offizieren ermutigt wurde, angeknüpft in der Zeit seines NATO-Kommandos, woselbst seine glänzenden Eigenschaften erkannt worden waren. Der ehemalige Befehlshaber des Abschnitts Europa-Zentrum genoß bei seinen Kollegen in Fontainebleau große Wertschätzung; seine Bestrebungen zum engeren Zusammenschluß der atlantischen Allianz wurden besonders anerkannt. Die Politik des «algerischen Algeriens», wie sie in den letzten Monaten definiert wurde, weckte hingegen bei den Vertretern der NATO, die über die kommunistische Infiltration des FLN informiert sind, ein wachsendes Mißtrauen. Alle diese Gerüchte und Vermutungen, mögen sie auch keine sachliche Verantwortung des CIA bei der Auslösung der Rebellion beweisen, lassen dennoch vermuten, daß die amerikanischen Agenten dabei nicht ganz unbeteiligt geblieben sind.

Im Zusammenhang mit dieser Hypothese verdienen die wichtigen Erklärungen Gromykos Beachtung, welche die Wochenschrift «Afrique-Action», die immer mehr den Ruf eines offiziösen Organs des Maghreb gewinnt, bekannt gemacht hat. Chruschtschews übliches Sprachrohr gab zu verstehen, daß Rußland sich hüten werde, sich in eine Algerien betreffende Übereinkunft zwischen Frankreich und dem GPRA (der provisorischen Regierung Algeriens) einzumischen. Allerdings unter der Bedingung, daß die Übereinkunft nicht zur Unterzeichnung eines Mittelmeerpaktes führe, an dem die USA irgendein Interesse hätten. In dem vom afrikanischen Blatt veröffentlichten Interview erklärte Gromyko auch, ohne eine Miene zu verziehen: «*Alles, was die Unabhän-*

gigkeit Frankreichs gegenüber den Vereinigten Staaten verstärken kann, kann von den Sowjets nur ermutigt werden; am Tage, da de Gaulle an der Hypothek des Kolonialismus und ihren Spuren nicht mehr zu leiden hat, kann er die Rolle in der Welt spielen, welche Rußland sicherlich begünstigen wird. » Was man Bärendienst nennt — hier vom russischen Bären — gewinnt dabei diplomatischen Wert. Es ist offensichtlich, daß Rußland einmal mehr die Gelegenheit wahrgenommen hat, eine Ecke des atlantischen Bündnisses einzudrücken, welches es seit Jahren zu zerstören trachtet. Dieser Gegensatz internationaler Interessen, der durch die tragischen Ereignisse von Algier jäh unterstrichen wird, erhellt diese mit neuem Licht. Man möchte hoffen, daß die Folgen der schließlichen Regelung die westliche Koalition nicht in Frage stellen werden, ist sie doch an beiden Ufern des Mittelmeers nötiger denn je. Es geht dabei um das Schicksal der freien Welt.

Jean de Saint-Chamant

DAS DEUTSCH-AMERIKANISCHE VERHÄLTNIS

Die Identität der Interessen stärkt die Beständigkeit der Beziehungen

Wenn in Deutschland von der NATO gesprochen wird, denken die meisten Deutschen nicht an Frankreich, Italien oder England, sondern ganz unwillkürlich zunächst einmal an die USA. Es ist verblüffend, wie selbstverständlich die Beziehungen der Deutschen zu den Amerikanern geworden sind. Es hat in Deutschland eigentlich zu keiner Zeit irgendwelche antiamerikanischen Gefühle gegeben, die doch fast überall anderwärts mindestens vorübergehend die Gemüter beherrschten und das Einvernehmen trübten.

Es ist nicht ganz leicht, die Frage zu beantworten, seit wann dies so ist und warum. Seit wann: zunächst war die berechtigte Empörung über die deutschen Greuel während der nationalsozialistischen Zeit bei den Amerikanern besonders groß — schon allein deswegen, weil die Mehrzahl der aus Deutschland vertriebenen und emigrierten Juden sich in den USA niedergelassen hatte. Darum wurde auch die Idee der *Re-education*, der Umerziehung, in den USA geboren und von den Bürgern dieses Staates nach Kriegsende mit besonderer Verve vertreten und in Deutschland praktiziert.

Sachliche und moralische Rechtfertigung

Dies blieb so bis zur Währungsreform 1948. Nach diesem Ereignis, das die Grundlage für den wirtschaftlichen Wiederaufbau legte, zeigte sich sehr rasch, wie tüchtig, leistungsfähig und vital das deutsche Volk noch immer war. Eigenschaften, die gerade die Amerikaner zu schätzen wußten, die keinerlei Sorgen vor der Konkurrenz der Deutschen hatten, die im Gegenteil mit Genugtuung sahen, wie rasch ihre großzügige Hilfe in der Bundesrepublik «anschlug».

War dies sozusagen eine sachliche, äußerliche Rechtfertigung, so bot das Verhalten der Berliner *(our Berliners)* in den Zeiten der äußersten Bedrohung durch den Kommunismus während der Luftbrücke 1948/49 eine Art moralische Rechtfertigung der Existenz des neuen Deutschlands. Als Plus kam hinzu die vertrauenerweckende, nüchterne, jedem nationalen Pathos ferne, jeder moralischen Wiedergutmachung zugetane Persönlichkeit Konrad Adenauers (Restitutionsvertrag mit Israel 1952).

Allmählich entspannte sich also das Verhältnis, die Amerikaner gewannen wieder Vertrauen, und mit der Zeit kamen die vielen verwandtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Völkern wieder zur Geltung. In der Tat haben Deutsche und Amerikaner ja sehr vieles gemeinsam, nicht nur die Tüchtigkeit, auch die Vorliebe für *the biggest and the best in the world!*

Seit dem Koreakrieg von 1950, der gezeigt hatte, daß die Vorstellung einer einigen,

ungeteilten, weil von Hitler befreiten Welt, eine schiere Illusion war, verstärkte sich jener Prozeß der Umwertung. Die Erinnerung an die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschlands verblaßte allmählich, angesichts der übermächtig anwachsenden Bedrohung durch den Kommunismus, der bereits ganz China und alle Staaten Ost-Europas erfaßt hatte.

Militärpolitisches Umdenken

Als Washington schließlich immer deutlicher realisierte, daß die USA zu jener Zeit das Monopol der Nuklearwaffen verloren hatte, setzte auch in der militärischen Konzeption der Amerikaner das Umdenken ein. Sowohl die *Containment Policy* wie auch für die später folgende Phase der Schwert-und-Schild-Theorie (Amerika: das nukleare Schwert, Europa: der konventionelle Schild) sahen beide die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik vor. Man ging eben in Amerika davon aus, daß das schmale Westeuropa ohne einen Beitrag der Bundesrepublik nicht zu verteidigen sei.

Diese schicksalhafte Zwangsläufigkeit und die enge Freundschaft des amerikanischen Außenministers Foster Dulles (1953 bis 1959) mit dem Bonner Bundeskanzler ließ allmählich ein sehr enges Vertrauensverhältnis entstehen, das auch durch den letzten Regierungswechsel in Washington offenbar nicht beeinträchtigt worden ist. Dazu wird das Aufeinanderangewiesensein und die Identität der Interessen auf beiden Seiten zu deutlich empfunden.

Für die USA ist die unbeirrbare Beständigkeit der deutschen politischen Führung, der «natürliche» Antikommunismus der Bevölkerung eines geteilten Staates am Eisernen Vorhang und die gesunde Wirtschaftskraft dieses Landes die beste Garantie für seine globalen Interessen in Europa.

Die USA: Bonns verläßlichster Bündnispartner

Für die Bundesrepublik ist Amerika der verläßlichste aller Freunde. Denn in allen entscheidenden Fragen decken sich die Gesichtspunkte beider fast vollständig; dies gilt sowohl für Berlin wie hinsichtlich der Nato, desgleichen in bezug auf die Stärkung und Erweiterung der EWG. Und letzten Endes sind die USA wahrscheinlich auch der einzige Bündnispartner, dem ein wiedervereinigtes Deutschland weniger gefährlich erscheint als ein geteiltes und der darum ohne Einschränkung für die Wiedervereinigung eintritt.

Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist ein Beispiel dafür, daß gleichgerichtete Interessen und nicht so sehr Männer oder Weltanschauungen die besten Grundlagen für eine beständige Freundschaft sind. Ob Truman, Eisenhower oder Kennedy in den USA regieren ist für die Bundesrepublik offenbar unerheblich. Die Kontinuität der Interessen garantiert die Beständigkeit der Freundschaft.

Das gleiche gilt für die Bundesrepublik: Sollte — was höchst unwahrscheinlich erscheint — die SPD in Bonn zur Regierung kommen, so besteht kein Zweifel darüber, daß sie in den entscheidenden außenpolitischen Fragen die gleiche Politik treiben würde wie Konrad Adenauer.

Marion Gräfin Dönhoff

POLEN IM KIELWASSER DER POLITIK CHRUSCHTSCHEWS

Die Situation nach den Sejm-Wahlen

Mancher Leser der Tagespresse im Westen hat sicherlich schon längst gemerkt, daß Polen seit geraumer Zeit aus den Schlagzeilen gänzlich verschwunden ist. Natürlich ist das zu einem Teil darauf zurückzuführen, daß sich das Weltgeschehen in ganz anderen Regionen der Politik verlagert hat, aber dennoch muß man die Stille, welche in der internationalen Presse um Polen herrscht, in erster Linie auf das Konto einer Stabilität oder so-

gar einer Stagnation in Polen selbst zuschreiben. «Wir sind froh darüber, daß unsere Probleme nicht mehr auf den ersten Seiten der ausländischen Zeitungen diskutiert werden» — meinte voll Ernst vor einiger Zeit ein polnischer nichtkommunistischer Politiker. Dieser Feststellung fügte er sodann hinzu, «allzu oft standen wir leider im Laufe einer Generation im Lichte der Weltsensationen, die für die anderen eben nur Sensationen waren und für uns den genuinen Wert der Existenz bedeuteten».

Aber auch dann, wenn in dem politischen Leben eines Staates oder einer Nation Perioden längerer Stabilität eintreten, steht die Politik nicht still, weil die moderne Organisation, und das insbesondere in einem kommunistischen Land, so etwas nicht dulden kann. Auch Polen ist in der üblichen Terminologie betrachtet ein kommunistisches Land, obwohl eine links-marxistische französische Zeitung einmal mit Spott über dieses Land geschrieben hatte: «Eine Volksdemokratie römisch-katholischer Konfession.»

An der außenpolitischen Leine Moskaus

Die neueste Entwicklung in Polen zeichnet sich vor allem dadurch aus, daß die Regierung in allen außenpolitischen Fragen den größten Konformismus an den Tag legt und eifrig bemüht ist, das Spiel der Sowjetunion mitzumachen. Man konnte das an unzähligen Beispielen beobachten. Die polnischen Delegierten in den Vereinigten Nationen imitieren peinlich die Taktik der Sowjets. Auch in der Laos-Frage, wo Polen sozusagen zweifach mit von der Partie ist, namentlich auf der Genfer Konferenz der 14 Staaten und in der wiedereingesetzten internationalen Überwachungskommission in dem südostasiatischen Königreich, sieht man, wie die Vertreter Polens nach der Pfeife Rußlands tanzen. Sogar in der Haltung gegenüber den USA und ihrem neuen Präsidenten kann man in letzter Zeit erhebliche Akzentverschiebungen bei den polnischen Politikern registrieren. Während sie sich in den vorangegangenen Monaten die größte Mühe gaben, um nichts Abfälliges über Kennedy zu äußern, sind sie nunmehr nicht so pedantisch in dieser Hinsicht. Manche Beobachter führen das auf den Ausgang der Kuba-Affäre zurück, welche in den Augen der polnischen Kommunisten die Schwäche (und zwar im doppelten Sinne an Überlegungen und an Entschlußkraft) der amerikanischen Regierung offenbart hätte. Es scheint aber, daß hierbei andere Motive entscheidend waren, wenn das Kuba-Unternehmen nur zum Ausladen des Zornes einen Anlaß bot.

Die Quelle der plötzlichen Änderung im Ton über die USA dürfte in den enttäuschten Hoffnungen Gomulkas und seiner Mitarbeiter liegen, welche sie noch vor nicht so langer Zeit auf Kennedy im Zusammenhang mit dem deutschen Problem setzten. Aus einer Summe von tendenziösen Berichten, die vor allem in den Kreisen der polnischen Emigration kursierten und sich offensichtlich auf die Tatsache stützten, daß der polnische Graf Radziwill ein Schwager des neuen Präsidenten ist, ferner gewisse Rückschlüsse daraus zogen, daß die irischen Katholiken mit den polnischen in den USA stets zusammengingen und schließlich auf Grund der wahlpolitischen Reden und privaten Äußerungen der demokratischen Exponenten aus der Umgebung Kennedys auf den verschiedenen Konventikeln mit den Wählern polnischer Herkunft, ist in Warschau die irrtümliche Auffassung entstanden, daß der neue Präsident die Oder-Neiße-Grenze de facto in einer öffentlichen Erklärung anerkennen und außerdem die Regierung der Bundesrepublik zu einer radikalen Überprüfung ihrer bisherigen Haltung Polen gegenüber unter Druck setzen werde. Nachdem aber die Zeit verging und Kennedy keinerlei Neigung zu derartigen Entschlüssen zeigte (auch wenn er vielleicht gewisse neue Vorstellungen in dieser Materie hatte), machte sich in Warschau eine Ungeduld darüber bemerkbar. Schließlich ist Gomulka der geniale Einfall gekommen, daß man den amerikanischen Präsidenten dazu bewegen sollte, endlich Farbe zu bekennen. So hat der polnische Parteiführer am 9. April öffentlich in Posen erklärt, ihm seien von prominenten Amerikanern aus der Umgebung Kennedys im letzten Herbst in New York Andeutungen gemacht worden, daß die Demokraten im Falle eines Sieges sich

für die Oder-Neiße-Grenze aussprechen würden. Diese Äußerung fiel ausgerechnet und nicht zufällig mit dem Staatsbesuch Adenauers bei Kennedy zusammen. Dem amerikanischen Präsidenten blieb nichts anderes übrig, als einen seiner heutigen Mitarbeiter, der nach zuverlässigen Berichten so etwas Gomulka tatsächlich angedeutet hatte, zu desavouieren.

Das deutsch-polnische Gespräch festgefahren

Nachdem sich die polnischen Hoffnungen auf einen radikalen Umbruch in der Haltung der USA nicht erfüllten, sind auch die im Winter sehr vehement kursierenden Spekulationen über eine baldige Aufnahme von Kontakten zwischen Bonn und Warschau hinfällig geworden. Es hat sich nämlich nach den diplomatischen Reisen des deutschen Industriellen Dr. Beitz nach Warschau bald herausgestellt, daß man es im gegenwärtigen Zeitpunkt auf beiden Seiten mit recht unterschiedlichen Auffassungen zu tun hat. Während man in Bonn mit Rücksicht auf die übergeordneten Prinzipien der deutschen Politik eine volle Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit Polen ablehnt, weil damit die ganze Hallstein-Doktrin zusammenbrechen würde und außerdem aus psychologischen und wahlpolitischen Gründen, nicht zuletzt wegen der Stimmen der Heimatvertriebenen, sogar eine stillschweigende Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze für unmöglich hält, hat man von der polnischen Seite zunächst durch eine halboffiziöse Stellungnahme in dem Sprachrohr der Partei «Trybuna Ludu» und schließlich durch den Ministerpräsidenten Cyrankiewicz im polnischen Sejm am 18. Mai unmißverständlich erklärt, daß für Polen nur der Austausch von Botschaftern mit dem gleichzeitigen Verbot jeglicher Äußerungen gegen die Oder-Neiße-Grenze in der Bundesrepublik in Frage komme. Auch die Idee eines Nichtangriffspaktes, die der Bundeskanzler kreierte, ist in Warschau auf eine schroffe Ablehnung gestoßen. Polens Staatsmänner argumentieren diesen Standpunkt damit, daß dadurch die Interessen Ostdeutschlands benachteiligt würden.

Nach alldem sind die deutsch-polnischen Beziehungen an einem kritischen Punkt wieder angelangt, dessen Überwindung kaum sichtbar ist. Das entscheidende dabei scheint mit der Tatsache zusammenzuhängen, daß Polen ideologisch, politisch, militärisch und wirtschaftlich in einem Boot mit der DDR sitzt. Warschau wird sich von dieser Schicksalsgemeinschaft nicht befreien können, vorausgesetzt auch für den Fall, daß es das wirklich wollte, was durchaus nicht zutrifft. Eine Ausklammerung des Oder-Neiße-Komplexes aus den eventuellen Vereinbarungen über die Normalisierung der Beziehungen mit Bonn wird schon deshalb unmöglich sein, weil Pankow, das bei einer viel schlechteren Situation als die der Bundesrepublik vor allem gegenüber den eigenen Untertanen, die ganze Bürde der Anerkennung dieser Grenze auf sich nehmen müßte, wie ein Wachhund aufpaßt, daß sich Bonn vor der Übernahme der gleichen Bestimmungen nicht loskauft. Das wird wahrscheinlich auf der westdeutschen Seite oft übersehen, aber vom polnischen Blickpunkt aus betrachtet, spielt dieser Umstand eine erhebliche Rolle. Hinzu kommt noch der allgemeine Trend in der Deutschlandpolitik des gesamten Ostblocks unter Führung Moskaus, ein Trend, in dem die Bundesrepublik auf der Frontlinie liegt und mit allen Mitteln als der solideste Teil der bürgerlichen und kapitalistischen Ordnung in Westeuropa bekämpft werden muß. Das Gomulka-Polen kann sich da keine Extratouren leisten, zumal es in wirtschaftlicher Hinsicht in dem kommenden Fünfjahresplan von den drei Erbfeinden der Politik Adenauers, nämlich von der Sowjetunion, der DDR und der Tschechoslowakei abhängig ist.

Die innere Lage

Die polnische Nation muß sich mit diesen Imponderabilien in der Außenpolitik nolens volens abfinden. Sogar die klügsten Köpfe unter den Nichtkommunisten sehen unter den gegebenen internationalen Verhältnissen keinen anderen Ausweg. Sie nehmen die Situation, in der der Westen für eine Änderung der Machtkonstellationen auf dem europäischen Festland praktisch nichts unterneh-

men kann, mit einer stoischen Ruhe hin. Sie sind froh — wenn man das als Freude nennen kann — darüber, daß diese Konformität des Regimes in allen internationalen Fragen mit Moskau die Bewahrung der Eckpfeiler des bisherigen Burgfriedens zwischen dem herrschenden System und der nichtkommunistischen Nation erlaubt. In dieser Hinsicht hat sich die innere Situation Polens in letzter Zeit nicht verändert. Gomulka sitzt zwar fester im Sattel, denn er hat sowohl die stalinistische Opposition wie auch die revisionistische Gefahr in der Partei völlig überwunden, aber die Partei als Ganzes ist nach wie vor ein sehr schwaches Gebilde. Sie muß deshalb an allen Ecken und Enden Kompromisse mit den verschiedenen Bevölkerungsschichten schließen. Sie läßt die Arbeiter, verglichen mit der Praxis der stalinistischen Zeit, relativ in Ruhe und sieht von einer tagtäglichen Bevormundung, Aufmärschen, Schulungsabenden, Tagesversammlungen und allen solchen ermüdenden Veranstaltungen ab. Sie gibt den Bauern, trotz der gelegentlichen Lippenbekenntnisse zur kollektiven Form der Landwirtschaft, die Möglichkeit, nach wie vor auf dem Acker der Väter zu leben. Auch mit der Intelligenz sind, abgesehen von zeitweiligen Ermahnungen, die Beziehungen auf einem komplizierten System der gegenseitigen Rücksichten aufgebaut. Nur in dem Verhältnis zu der größten und organisierten antikommunistischen Macht in einem pseudo-kommunistischen Staat, mit der Kirche, treten tatsächlich ernste Spannungen auf. Aber auch hier sieht sich die Partei jedesmal, wenn die antikirchlichen Maßnahmen oder Erklärungen der kommunistischen Behörden von den breiten Kreisen der Öffentlichkeit mißbilligt werden, dazu veranlaßt, einen Schritt zurückzutreten. Alles in allem wird sich dieser Burgfriede in Polen nicht so leicht und so schnell erschüttern lassen, wie das vielleicht einige Hitzköpfe in der Umgebung Gomulkas für nützlich halten.

Sejm-Wahlen als Zeichen der Stabilität

Der beste Beweis für die oben skizzierte Situation lieferten die polnischen Parlamentswahlen, die am 16. April 1961 stattfanden. Die Einheitsliste der vorsorglich und nach verschiedenen Gesichtspunkten dieses eben angedeuteten Burgfriedens aufgestellten Kandidaten ist von den Wählern bestätigt worden. Die meisten unter ihnen wußten, daß sie mit der Stimmabgabe für eine Wahlfarce an einem Akt teilnahmen, das einer Bestätigung des Status quo gleichkam. Wären die polnischen Wähler — und das konnten sie theoretisch bei der mangelhaften Polizeikontrolle und dem nicht vorhandenen Terror riskieren — den Wahlurnen ferngeblieben, so hätte das eine Desavouierung des ganzen Gomulka-Experiments bedeuten müssen. Sie haben es deshalb vorgezogen, zu bald 95% an dem Wahlakt teilzunehmen. Nur wenige, genauer etwas über 300 000 Wähler von insgesamt 18 Millionen, haben an den Wahlzetteln Streichungen vorgenommen. Dies hat keinen von den Kandidaten zu Fall gebracht, aber man konnte aus den prozentualen Stimmabgaben, unter Hinzuziehung der Streichungen, ein Bild darüber gewinnen, wie die Sympathien verteilt sind. So hat sich herausgestellt, daß die Kandidaten der Gruppe Znak, in der die unabhängigen Katholiken vereinigt sind, wie auch die Parteilosen, vornehmlich Persönlichkeiten aus dem wissenschaftlichen und kulturellen oder wirtschaftlichen Leben, in der Regel *mehr Stimmen* erhielten als die eingefleischten kommunistischen Politiker.

So wie die Wahlen ausfielen, so vollzog sich auch die Neubildung der höchsten Parlaments-, Staats- und Regierungsorgane Polens. Auf allen diesen drei Stufen der obersten legislativen und exekutiven Macht bleibt alles beim alten. Es sind zwar einige Ergänzungen und Umbesetzungen vorgenommen worden, aber sie scheinen von völlig sekundärer Bedeutung zu sein. Wichtig ist aber, daß in der Leitung des Sejm, des Staatsrates und bei der Besetzung der Ministerposten die alte Mannschaft, die sich Gomulka von 1956 bis 1959 zusammengestellt hat, in den kommenden vier Jahren, bis zur nächsten Wahl, Polen regieren soll.

Alexander Korab

Die angesehene Zeitschrift *Europa-Archiv* veröffentlichte in ihrer Nummer vom 25. April, Folge 8, den Wortlaut der Botschaft von Präsident *Kennedy* vom 28. März 1961, deren Hauptpunkte nachstehend auszugsweise wiedergegeben werden.

Grundsätze der Verteidigungspolitik

1. Das Hauptziel unserer Rüstung ist Frieden und nicht Krieg — sicherzustellen, daß unsere Waffen nie benützt werden müssen — vor allen Kriegen abzuschrecken, seien es nun allgemeine oder begrenzte, mit Kernwaffen oder mit konventionellen Waffen geführte, große oder kleine Kriege — alle potentiellen Aggressoren davon zu überzeugen, daß jeder Angriff töricht wäre — das Rückgrat für diplomatische Lösungen der Streitfragen zu schaffen — dafür zu sorgen, daß unsere Verhandlungsposition für eine Beendigung des Wettrüstens stark genug ist.

2. Unsere Waffen werden niemals gebraucht werden, um bei irgendeinem Angriff den ersten Schlag zu führen.

3. Unsere Rüstung muß ausreichend sein, um unseren Verpflichtungen zu entsprechen, um unsere Sicherheit zu garantieren, ohne dabei durch willkürliche Begrenzungen im Haushalt gebunden zu sein. Unsere Nation kann es sich leisten, stark zu sein — sie kann es sich jedoch nicht leisten, schwach zu sein.

4. Unsere Rüstung muß zu allen Zeiten, im Krieg wie im Frieden, einer zivilen Kontrolle und einem zivilen Kommando unterstehen.

5. Unsere strategische Rüstung und Verteidigung muß ausreichend sein, um vor jedem absichtlichen Kernwaffenangriff auf die USA oder unsere Verbündeten abzuschrekken — indem jedem potentiellen Aggressor klargemacht wird, daß ausreichende Vergeltungskräfte in der Lage sein werden, einen ersten Schlag zu überstehen und seine Verteidigung zu durchdringen, um ihm untragbare Verluste zuzufügen.

6. Die Stärke und Gruppierung unserer Streitkräfte zusammen mit denen unserer Verbündeten sollte machtvoll und beweglich genug sein, um eine stetige Aushöhlung der freien Welt durch begrenzte Kriege zu verhindern. Diese Rolle sollte die Hauptaufgabe unserer Streitkräfte im Ausland bilden.

7. Unsere Verteidigungsposition muß sowohl flexibel wie auch entschlossen sein.

8. Unsere Verteidigungsposition muß so gestaltet werden, daß durch sie die Gefahr eines aus irrationalen Motiven entspringenden oder unbeabsichtigten allgemeinen Krieges verringert wird.

Stärkung und Schutz unserer strategischen Abschreckung und Verteidigung

A. Verbesserung unserer Abschreckung durch Raketen. — Da wir eine Macht sind, die niemals den ersten Schlag führen wird, muß unsere Hoffnung auf Waffen beruhen, die von verborgenen beweglichen oder unverwundbaren Stützpunkten her operieren, so daß sie durch einen Überraschungsangriff nicht vernichtet werden können.

1. Polaris. Die Fähigkeit der atomgetriebenen Polaris-Unterseeboote, für lange Zeitspannen tief unter der Meeresoberfläche zu operieren und ihre ballistischen, mit Kernwaffen ausgerüsteten Feststoffraketen in getauchtem Zustand abzuschießen, gibt diesem Waffensystem einen sehr hohen Grad von Beweglichkeit und Tarnung und macht es praktisch gegen einen Angriff mit ballistischen Raketen immun. Angesicht der bisherigen Erfolge empfehle ich nachdrücklich, daß das Polaris-Programm stark ausgeweitet und beschleunigt wird. Ich empfehle ferner, daß die Entwicklung des Langstreckentyps A-3 der Polaris beschleunigt wird. Diese weiterreichende Rakete mit verbesserter Durchschlagskraft wird die operative Elastizität der Polaris-Streitmacht weitgehend verbessern und ihre Anfälligkeit gegen an der Küste stationierte Unterseeboot-Abwehrmaßnahmen reduzieren.

2. Minuteman. Die Feststoffrakete vom Typ Minuteman soll von gut verteilten stationären Abschußbasen und von Eisenbahnfahrzeugen aus eingesetzt werden. Die

Kapazität der Minuteman-Produktion sollte verdoppelt werden.

3. Skybolt. Die Skybolt ist eine aus der Luft gestartete Langstrecken-Feststoffrakete mit einem Kernsprengkopf und kann von den Bombern vom Typ B-52 und den britischen V-Bombern mitgeführt werden. Die Produktion dieser Luft-Boden-Rakete kann die nützliche Existenz unserer Bomber in das Raketenzeitalter ausdehnen.

B. Schutz unserer Bomberabschreckungsmacht. Die Hälfte unserer gesamten Bomberstreitmacht sollte alarmbereit auf den Flugfeldern stehen, ein Achtel sollte sich einsatzbereit in der Luft befinden.

C. Verbesserung unserer kontinentalen Verteidigungs- und Warnsysteme. Eine rechtzeitige Warnung vor jedem potentiellen Angriff ist von entscheidender Bedeutung nicht nur für die Erhaltung unserer Bevölkerung, sondern auch für die Erhaltung eines ausreichenden Teiles unserer militärischen Streitkräfte.

D. Verbesserung im Kommando und bei der Kontrolle unserer strategischen Abschreckungsmacht, die elastischer, den jeweiligen Zwecken besser angepaßt sowie gezielter und besser geschützt sind und zu allen Zeiten letztlich der zivilen Behörde unterstehen sollen.

E. Weltraum- und Forschungsprogramme. Die Reihe von Programmen, die mit unseren strategischen und kontinentalen Luftverteidigungsstreitkräften in Zusammenhang stehen, erfordert zusätzliche Unterstützung.

Stärkung unserer Kapazität zur Abschreckung oder Einschränkung begrenzter Kriege

Die Sicherheit der freien Welt kann nicht nur durch einen Atomangriff gefährdet werden, sondern auch dadurch, daß sie ungeachtet unserer strategischen Macht durch Kräfte der Subversion, der Infiltration, der Einschüchterung, der indirekten oder versteckten Aggression, der inneren Revolution, der diplomatischen Erpressung, der Partisanenkriegführung oder einer Reihe begrenzter Kriege von der Peripherie her langsam zerstört wird. In diesem Bereich örtlicher Kriege müssen wir uns zwangsläufig auf die kooperativen Anstrengungen anderer Völker und Nationen verlassen. Um jedoch unseren eigenen umfangreichen Verpflichtungen gerecht zu werden schlage ich folgendes vor:

A. Stärkung der Kapazität, um einer begrenzten und Partisanenkriegführung begegnen zu können.

B. Erweiterung der Forschung bei nichtatomaren Waffen. Was wir brauchen, sind vollkommen neue Arten nichtatomarer Waffen und Ausrüstungen, die höhere Feuerkraft, Beweglichkeit und elektronische Ausrüstung besitzen.

C. Erhöhung der Beweglichkeit der konventionellen Streitkräfte durch beschleunigte Produktion von Transportflugzeugen, durch den Bau amphibischer Transportfahrzeuge eines neuen Typs und durch Beschleunigung des Schiffsumbau- und Modernisierungsprogrammes der Marine.

D. Erhöhung des nichtnuklearen Potentials an Jagdflugzeugen für begrenzte Kriegsaufgaben durch Entwicklung eines modernen taktischen Jagdflugzeuges mit Nachdruck auf die nichtnuklearen Verwendungsmöglichkeiten.

E. Erhöhung der Personalstärke des Heeres, des Marinekorps, der Marine (für Polaris-Einheiten) und der Luftwaffe (zum Ausbau des Warnsystems). — Verbesserung der Ausbildung und Bereitschaft der konventionellen Streitkräfte durch zusätzliche Manöverausbildung und Einsatzübungen für die Armee sowie Manöverübungen für die gemischten Lufteinsatzverbände und die Einheiten des militärischen Lufttransportdienstes.

BEGEGNUNG MIT EINER JUNGEN ELITE AUS ENTWICKLUNGSLÄNDERN

Vom 16. bis 22. April 1961 fand auf der wunderbaren Bergterrasse von Magglingen mit finanzieller Hilfe und organisatorischer Unterstützung der *Aktionsgemeinschaft Nationaler Wiederaufbau* zum zweiten Male ein von allen Hochschulen unseres Landes beschicktes *Seminar zwischen 40 Schweizer Studenten und einem halben Hundert intelligenter junger Vertreter von 27 Entwicklungsländern* statt. Die Tagung setzte sich als Ziel, *Wege der Zusammenarbeit* abzuklären. Daß der Weg der akademischen Jugend auf dem weiten und problemgeladenen Felde der Entwicklungshilfe in erster Linie in den eigenen studentischen Reihen mit der Pflege von Verständnis und Freundschaft über die Kontinente hinaus beginnen muß, wurde schon vor Jahresfrist in einem von den gleichen Initianten veranstalteten internationalen Studententreffen in Hof Oberkirch auf das lebhafteste erkannt. Von da aus ging in die Universitätsstädte ein mächtiger Anstoß zur Schaffung der sogenannten «Schweizer Kontaktgruppe» und besonderer örtlicher Klubs, die der bisherigen gesellschaftlichen und geistigen Isolierung des andersfarbigen Kommilitonen tatkräftig abhelfen. Diese Anstrengungen haben bei einer Elite der etwa 1700—1800 jungen Leuten aus Entwicklungsländern, die gegenwärtig in der Schweiz studieren oder ein Praktikum durchlaufen, wie auch in der Einstellung der besten Kräfte unserer eigenen Studentenschaft und weiterer Volkskreise bereits bemerkenswerte Früchte getragen.

Das war der erfreulichste Eindruck, den das diesjährige Frühjahrs-Seminar von Magglingen ausstrahlte. Der Grundklang der siebentägigen Begegnung war ein *echtes Kameradschaftsgefühl*, das man schon bei der ersten Begrüßung am Lagerfeuer im Wald, in den vielen Gesprächsstunden der Gruppen, in der Gemeinsamkeit der von der Eidgenössischen Turn- und Sportschule gastlich gebotenen Unterkunft und Verpflegung, beim sportlichen Spiel auf den herrlichen Anlagen der Schule und während den Exkursionen immer wieder verspürte. Ungezwungener als noch in Hof Oberkirch traten die Schweizer und die Repräsentanten der fernen Völker, so etwa der ernst blickende, ausgeglichene Inder, der gewinnend lächelnde Vietnamese, der kämpferische Algerier, der seiner Menschenwürde sichere, hochgewachsene Sudanese, der temperamentvolle Haitianer, aus der mentalen Reserve heraus. Offener als vor Jahresfrist bekannte jeder seine Meinung; einfühlender als damals vermied der junge Schweizer den Ton der schulmeisterlichen Belehrung; weniger empfindlich reagierte man auf entgegengesetztes Denken. Damit war für ein aufrichtiges Gespräch die menschliche Ausgangsbasis gegeben. Aber die Verständigung über die tatsächlichen Probleme stellt höhere Anforderungen. Sie verlangt ein geduldiges Streben nach Wahrhaftigkeit in der Beurteilung der Dinge, eine *geistige Überwindung von Vorurteilen.*

*

In der wohl nachhaltigsten Diskussionsstunde des Seminars wies Professor *Jacques Freymond* von Genf auf dieses schwierige und entscheidende Erfordernis der jungen Intellektuellen hin. Angesichts der Zerstörungskräfte der heutigen Zeit — so gab der eminente Historiker und Leiter des «Institut universitaire de hautes études internationales» den Studenten zu bedenken — besteht unsere einzige Zuversicht für die friedliche Lösung der Weltprobleme darin, daß sich in allen Ländern eine verantwortungsbewußte Elite heranbildet. «Es braucht Menschen, die fähig sind, Distanz zu den Problemen zu gewinnen, die Sinn haben für Kritik und Relativität, Menschen, die immer Suchende bleiben. Nur solche Eliten werden auf die Dauer Gewähr dafür bieten, daß bedrohliche Auseinandersetzungen wirtschaftlicher, politischer und militärischer Art vermieden werden können.» Das Heranreifen dieser geistigen Grundhaltung einer jungen Intelligenzschicht muß sich gerade im interkontinentalen Gespräch über die Entwicklungshilfe erproben. Denn der Weg zu den brennenden Zielen ist hier allzuoft durch Komplexe und

Affekte verbarrikadiert, und es lagert über ihm die spannungsgeladene Atmosphäre des ideologischen Konfliktes der beiden Machtblöcke. Wie steht es damit in uns selbst? Bemühen wir uns genügend um die Richtigkeit der Maßstäbe und Erkenntnisse, die wir in die Diskussion dieses Themas hineinbringen? Trachten wir, den geschichtlichen Fakten wirklich auf den Grund zu gehen und sie abzuwägen, oder schöpfen wir unsere Meinung bloß aus den einseitigen Informationen, die uns passen? Haben wir derweise ernsthaft begonnen, die Vorurteile und Komplexe in unserer eigenen Brust zu überwinden?

Dieser Appell des Seminars zur geistigen Disziplin erregte die Geister sichtlich und fand positiven Widerhall. Aber die Umschulung des Denkens läßt sich natürlich nicht im Zeitraum von sieben Tagen vollziehen. So war es begreiflich, daß die Thesen der drei grundlegenden Seminarvorträge in der darauf folgenden Plenardiskussion und Befragung des Referenten wie in der nachmittäglichen Gruppenarbeit noch auf manche gefühlsmäßige und schlagwortartige Antithesen stießen. Im Rahmen dieses Tagungsberichtes können nur einige Streiflichter auf die wichtigsten Gravitationspunkte, um die die Auseinandersetzung kreiste, geworfen werden.

Neutralismus

In einem ersten Vortrag über die *menschlichen und politischen Grundlagen der Zusammenarbeit* umriß der Botschafter der Republik Indien in Bern, *M. K. Vellodi*, in sehr abgewogener Weise die zwei verschiedenartigen, aber sich teilweise überlagernden Spannungsfelder, das eine zwischen Ost und West und das andere zwischen Arm und Reich, in denen sich die heutige Welt befindet. Die Koexistenz, das Nebeneinanderleben der Blöcke unter Verzicht auf Waffengewalt, aber mit Weiterführung des politischen und wirtschaftlichen Machtkampfes, scheint gegenwärtig die praktisch einzig mögliche Daseinsform zu sein. Aber die Menschheit wird, wenn sie weiterbestehen will, aus diesem labilen und gefahrvollen Zustand zu einer Zusammenarbeit gelangen müssen, die nur auf dem Boden der Freiheit der Völker und der Achtung der menschlichen Gleichheit wachsen kann. Indem Indien und eine Reihe junger Nationen eine neutrale Außenpolitik verfolgen, hoffen sie, der Welt zu helfen, daß sie den Weg von der Koexistenz zur Kooperation findet. Dieser letzte Hinweis brachte im weiteren Verlaufe des Seminars eine ausgiebige Erörterung des *Neutralismus* in Gang. Hier fiel das Umlernen der Schweizergruppe zu, die sich zur Erkenntnis durchzuringen hatte, daß ein vertrauensvolles Partnerverhältnis in der Entwicklungshilfe nur herzustellen ist, wenn diese Hilfe ohne ideologischen Beeinflussungsversuch geboten wird. Unsere eigene Ablehnung des Kommunismus wird zwar respektiert und teilweise auch verstanden. Aber die Intelligenzschicht der neuen Nationen und besonders des sich politisch bewußt werdenden Afrikas beurteilt die Gefahren für die weitere Entwicklung der Welt anders als wir. Sie ist überzeugt, daß sie ihr wichtigstes Anliegen, nämlich den raschen Aufbau des eigenen Landes und die Vermeidung eines Rückfalls in Abhängigkeitsverhältnisse, am besten auf dem neutralen Wege zwischen den Blöcken erreichen wird. Für die Aufnahme des differenzierteren schweizerischen Neutralitätsbegriffes, der nur den Staat verpflichtet, das Werturteil des Bürgers aber völlig frei läßt und gerade damit eine Garantie der nationalen Unabhängigkeit schafft, scheint der Boden in den Entwicklungsländern noch nicht sehr empfänglich zu sein.

Die Frage des Wirtschaftssystems

Der Hauptteil der Arbeit des Seminars war dem Versuch gewidmet, zu einer gemeinsamen wirtschaftspolitischen Konzeption der Entwicklungshilfe zu gelangen. In einführenden Vorträgen und überaus lebhaften Diskussionsstunden nahmen Nationalrat Dr. h. c. *M. Schmidheiny* zur Zusammenarbeit auf privatwirtschaftlicher Ebene und Professor *Jacques Freymond* zu derjenigen im staatlichen und überstaatlichen Bereich Stellung. Die beiden hervorragenden Referenten ließen keinen Zweifel darüber bestehen, daß die drei Formen der Entwicklungshilfe: die private, die staatlich bilaterale und die multila-

terale nicht als Alternativen verstanden, sondern in Kombination eingesetzt werden sollten. Mit der Hilfe, welcher Form und welcher Herkunft sie auch sei, soll dem Empfängerland nicht ein Wirtschaftssystem aufgezwungen werden. Die Donatoren werden allerdings voraussetzen dürfen, daß sich die Hilfe nicht gegen sie selbst wendet. Jede junge Nation möge also die Wirtschaftsordnung, die ihr am geeignetsten erscheint, frei wählen. Wenn sie aber Wert darauf legt, sich die Hilfsquellen aus den privaten Bereichen in möglichst starkem Maß zu erschließen, wird sie sich mit einigen marktwirtschaftlichen Voraussetzungen vertraut machen müssen. Sie wird sich — so führte Dr. Schmidheiny aus — der Tatsache nicht verschließen können, daß Arbeitsfleiß und Ersparnisse kein besonderes Verlangen haben, dorthin auszuwandern, wo ihnen nebst einem in Kauf zu nehmenden wirtschaftlichen Risiko auch beträchtliche politische Risiken drohen. Daß die Schaffung eines günstigen «Investitionsklimas» auch im eigenen Interesse der jungen Länder wäre, legte der Referent anhand eines fundierten Beweismaterials dar. Dabei berief er sich nicht nur auf den raschen wirtschaftlichen Wiederaufstieg, den die private Marktwirtschaft den kriegsversehrten westeuropäischen Gebieten gebracht hat, sondern stützte sich auch auf eigene Erfahrungen aus schweizerischen Industriegründungen in den Entwicklungsländern. Er unterstrich, daß sich die Privatwirtschaft den Gesetzen und ökonomischen Notwendigkeiten der jungen Nationen, wo sie Gastrecht sucht, loyal zu unterstellen habe, daß ihr aber anderseits vom Empfängerland ein Mindestmaß an Schutz, so die Gewähr einer angemessenen Entschädigung bei allfälliger Expropriation, eine faire fiskalische Behandlung und die Möglichkeit zum Rücktransfer geboten werden müssen. Die Investitionsrisikogarantie ist auch auf dem Weg von Versicherungsinstituten der Herkunftsländer und durch zwischenstaatliche Abmachungen anzustreben.

In der nachfolgenden Diskussion gab Dr. Schmidheiny deutlich zu verstehen, daß seine Überzeugung von der größeren Leistungsfähigkeit der Marktwirtschaft gegenüber der staatlichen Planwirtschaft eine vernünftige Symbiose von privaten und staatlichen Unternehmungen in den Entwicklungsländern keineswegs ausschließe. Wie sehr es aber den Studenten aus Afrika und Asien noch Mühe bereitet, sich eine fruchtbare Aufgabenteilung zwischen privater und öffentlicher Hand in ihren heimatlichen Verhältnissen vorzustellen, trat in den Fragen an den Referenten zutage, die meist auf eine doktrinäre Parteinahme für den Dirigismus hinausliefen. Der staatlichen Planwirtschaft allein wird zugetraut, daß sie die jungen Nationen aus ihrem Notstande herausführen und das Potential ihrer natürlichen Reichtümer schleunigst, mit Überspringung der Etappen, erschließen werde. Gegen die Privatwirtschaft wird — unter Hinweis auf bestimmte Fälle mangelhaften Verantwortungsbewußtseins einheimischer und fremder Unternehmer — geltend gemacht, daß ihr Profitstreben oft nicht in der Richtung der Allgemeininteressen des Landes laufe und daß sie überdies tendenziell die Gefahr eines Neokolonialismus heraufbeschwöre.

Neokolonialismus — Neoimperialismus

Der Vortrag und die Antworten Professor *Freymonds* in der Plenardiskussion gestalteten sich hauptsächlich zu einer meisterhaften wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit diesen beiden Begriffen. Der Referent unternahm anhand unbestreitbarer geschichtlicher und gegenwartspolitischer Fakten eine scharfsinnige Analyse der Motive und Ziele der Entwicklungshilfe, wie sie sich einerseits aus der Sicht des Westens und anderseits aus der kommunistischen Perspektive darbieten. Er zergliederte das gemischte Bündel der moralischen, wirtschaftlichen und politischen Motive des Westens und belegte, wie die Entwicklungshilfekonzeption dieses Teiles der Welt deutlich fortschreitet zur Erkenntnis, daß ein Ausgleich der enormen Wohlstandsunterschiede zwischen den Völkern von dringendster Notwendigkeit für den Weltfrieden ist, daß es dabei um eine Hilfe zur Selbsthilfe geht und daß ein echtes, freies Partnerverhältnis entstehen muß. Im besonderen wies Freymond in dieser Rich-

tung einen bemerkenswerten Wandel des amerikanischen Konzeptes von der Ära Eisenhower zur Ära Kennedy nach. Demgegenüber bleibt die kommunistische These der Entwicklungshilfe, wenn auch unter Anwendung wandelbarer Methoden, stets die gleiche, wie sie schon in den Parteiprogrammen zu Lenins Zeiten fixiert wurde. Sie besteht in der bekannten Doktrin, daß Kapitalismus und Imperialismus untrennbar miteinander verflochten sind, daß jede westliche Hilfe einen getarnten imperialistischen und neokolonialistischen Vorstoß bedeutet und daß das Übel durch den sicheren Sieg der kommunistischen Revolution in Asien, Afrika, Lateinamerika wie in der ganzen übrigen Welt ausgerottet werden wird. Zu einer Positionsbestimmung der gegenwärtigen Geisteslage in den Entwicklungsländern übergehend, verdeutlichte der Referent, wie sehr der ruhige Brückenschlag zwischen den alten und neuen Nationen durch das Vorhandensein einer revolutionären Ideologie, die auf das Abreißen der Verbindungen hinarbeitet, erschwert wird. Hier stellen sich drei entscheidende Fragen: Werden die neuen Staaten fähig sein, aus der gefühlsbetonten Abwehrstellung gegen die ehemaligen Kolonialmächte herauszutreten, die kolonialistische Vergangenheit innerlich zu überwinden? Wird es ihnen gelingen, ihre Selbstverwaltung auf einen Stand zu bringen, der eine fruchtbare Zusammenarbeit erlaubt? Wird der Westen anderseits imstande sein, seine Überlegenheits- und Schuldkomplexe abzulegen, und wird seine Entwicklungshilfe über die Wohltätigkeitssphäre hinaus in eine weltoffene Wirtschaftspolitik ausmünden, die die neuen Handelsströme und Märkte in pfleglichster Weise fördert?

Wenn auch die nachherige Seminardebatte erneut die unterschiedlichen Grade des Angstkomplexes vor einem westlichen Neokolonialismus zum Vorschein brachte, verbreitete sich doch der Eindruck, daß es Freymond gelungen war, in seiner farbigen jungen Zuhörerschaft gewisse festgefahrene Standpunkte zu lockern. Um so gespannter wurde der angesagte vierte Vortrag erwartet, in welchem einer der führenden Köpfe Schwarz-Afrikas, der Direktor der «Présence Africaine» (Paris-Dakar), *Alioune Diop*, über die «Hindernisse in der Zusammenarbeit» hätte sprechen sollen. Leider war der Referent im letzten Augenblick verhindert. In die Lücke sprang der am «Institut universitaire de hautes études internationales» in Genf studierende junge Kongolese *Théodore Idzumbuir*, der einige interessante Einblicke in die psychologischen Probleme der Beziehungen zwischen dem afrikanischen und dem westlichen Menschen gab.

Das Rahmenprogramm

Das geistige Pensum des Seminars war in eine Reihe von Veranstaltungen eingebettet, die sowohl der Veranschaulichung der schweizerischen Lebens- und Arbeitsverhältnisse wie der Vertiefung des Freundschaftsgeistes dienten. Behörden, Wirtschaftskreise und Bevölkerung des nahen Biel begegneten dem Seminar mit spontaner Anteilnahme und Herzlichkeit. Stadtpräsident Dr. *P. Schaffroth* empfing die jungen Gäste zu einem festlichen Abendessen im Farelhaus, wo der Schuldirektor von Biel und ein Gewerkschaftsvertreter darlegten, wie sich die Probleme der Verschiedensprachigkeit im täglichen Zusammenleben überwinden lassen und wie der Arbeitsfrieden in der Industrie praktisch gehandhabt wird. Im Bieler Rathaus sah das Seminar die städtische Legislative bei ihren Beratungen. Einführungsreferate der Vertreter der Uhrenbranche und die gruppenweise Besichtigung von vier Fabriken vermittelten Einblicke in die Präzisionsleistungen dieser Industrie und in die Pflege, die hier dem menschlichen Arbeitsfaktor zukommt. Ein Besuch des Gutsbetriebes der kantonalbernischen Strafanstalt Witzwil bot den Studenten Gelegenheit, durch Direktor Dr. *Kellerhals* eine anschauliche Orientierung über die Probleme des landwirtschaftlichen Strafvollzuges und der Resozialisierung zu erhalten. Als besonders schönes Zeichen des schweizerischen Verständnisses für den Brückenschlag auf menschlicher Ebene wurde es empfunden, daß 40 Bieler Eltern je einen Ausländer und einen Schweizer zum Nachtessen an ihren Familientisch einluden, worauf die beiden

Studenten die Tochter des Hauses an einen gemeinsamen Tanzanlaß des Seminars führten.

An einem strahlenden Frühlingstag begab sich das Seminar auf den Spuren Jean-Jacques Rousseaus zur idyllischen Petersinsel, wo der Philosoph 1765, von den Vorurteilen einer in Feudalbegriffen erstarrten Gesellschaft verfolgt, Exilzuflucht nahm. Vielleicht ist dem einen oder andern aus der jungen Besucherschar, als er in der bescheidenen Wohnkammer des Freiheitsdenkers unter dessen Bild den Lebensspruch *Vitam impendere vero* las, nochmals das tiefere Anliegen zum Bewußtsein gekommen, das dieser Tagung zugrunde lag und das auch sicher weiteren geplanten Seminarien dieser Art vorschweben wird.

Eduard Seiler

«Das Problem der Fremdarbeiter in der Schweiz»

Im Aufsatz «Das Problem der Fremdarbeiter in der Schweiz» von Dr. Gerhard Winterberger in unserer Mainummer findet sich der Passus: «Von den in einer ausländischen, in Bonn erscheinenden Zeitschrift namentlich angeführten schweizerischen ‚Europäern' war rund die Hälfte im Jahre 1940 nicht im Besitze des Schweizer Bürgerrechts und eine Anzahl des restlichen Teils hat den Schweizer Paß zwischen 1900 und 1940 erhalten.»

Zu dieser Äußerung erhalten wir folgende Zuschrift: «Von den in der erwähnten Zeitschrift (es handelt sich um die «Europäische Wirtschaft») namentlich angeführten Schweizern haben, mit Ausnahme höchstens eines Fünftels, alle das Schweizer Bürgerrecht von Geburt an besessen. Da die Behauptung von Dr. Winterberger im Zusammenhang mit dessen übrigen Ausführungen geeignet ist, die Bestrebungen derjenigen Schweizer, die für eine stärkere Beteiligung an den europäischen Einigungsbestrebungen eintreten, in einem schiefen Licht erscheinen zu lassen, liegt uns daran, diese Richtigstellung anzubringen.»

Die «Schweizer Monatshefte» behalten sich vor, in den nächsten Nummern auch andere Stellungnahmen zur Integrationsfrage zur Darstellung zu bringen.

Die Redaktion